

Vorwort

Hintergrund für den hier vorgelegten Abschlussbericht der Feldstudie „Neuzuwanderer und Alteingesessene in Duisburg-Marxloh. Bulgarische und rumänische Zuwanderer und ihre Wahrnehmung durch die alteingesessene Bevölkerung“ (Projektlaufzeit: 01.04.2015 - 29.02.2016) des NUREC-Institute Duisburg e.V. ist die Debatte um den Zuzug von EU-Bürgern vor allem aus den südosteuropäischen Staaten (EU-2-Bürger).

Einer der Ausgangspunkte für die teils populistisch geführte und parteipolitisch geprägte Debatte war das im Januar 2013 veröffentlichte „Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“. In diesem Papier wurden sehr eindrücklich die Probleme geschildert, mit denen Kommunen infolge der armutsmotivierten Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien konfrontiert sind. In der Folge warnte der damalige Bundesinnenminister Friedrich vor einer neuen Dimension der Armutszuwanderung und den Zuzug in die sozialen Sicherungssysteme. Geprägt wurden Begriffe wie „Armutszuwanderung“ und „Sozialtourismus“. Zum Jahresende 2013 wurde mit der CSU-Aussage „Wer betrügt, der fliegt“ suggeriert, dass vor allem Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien unrechtmäßig und in betrügerischer Absicht Sozialleistungen beantragen und erhalten. Mit diesem Slogan erreichte die äußerst kontrovers geführte Debatte einen vorläufigen Tiefpunkt. Ein als Antwort auf die Stellungnahme des Deutschen Städtetages eingesetzter Staatssekretärsausschuss zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ legte im Verlauf des Jahres 2014 zunächst einen Zwischen- und später einen Abschlussbericht vor, mit einer umfassenden Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung. In der Folge beschloss die Große Koalition ein Gesetz, durch das die Kommunen finanziell entlastet und mögliche Betrugsdelikte leichter sanktioniert werden sollen. Damit geriet das Thema erst einmal aus der bundesweiten medialen Aufmerksamkeit. Schließlich trug auch die starke Hinwendung der öffentlichen Diskussion zu den mit der massiven Flüchtlingszuwanderung in 2015 verbundenen Herausforderungen dazu bei.

Doch die Probleme waren keineswegs gelöst. Einige Kommunen sind bis zum heutigen Tag mit handfesten Herausforderungen bei der Integration von Neuankömmlingen aus Rumänien und Bulgarien in die kommunalen Bildungs-,

Arbeits- und Wohnungsmärkte konfrontiert. Im Fokus der Integrationsarbeit steht somit die Situation in den Kommunen. Großstädte und Ballungsräume sind (immer schon) Ziele von Zuwanderern aus Drittstaaten und von EU-Bürgern (gewesen). Dabei sind vorhandene Bindungen, ein kostengünstiges Wohnungsangebot, vor allem aber Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit entscheidend. Der verstärkte Zuzug von EU-2-Bürgern in Großstädte und Ballungsräume stellt die Kommunen vor besondere Herausforderungen bei der sozialräumlichen Integration und bei der Finanzierung sozialer Sicherung. Die kleinräumige Zuwanderung konzentriert sich in Gebieten, die als städtische Ankunftsgebiete zu verstehen sind. Die Wohn- und bestenfalls Integrationskarriere findet in diesen Ankunftsgebieten sozial und räumlich ihren Anfang. Vor diesem Hintergrund erfüllen Ankunftsgebiete wie Duisburg-Marxloh eine entscheidende Funktion für die Stadtgesellschaft.

Aber weder der Bevölkerungsanteil noch die Zuzugszahlen der Zuwanderer allein sind ursächlich für besondere Problemlagen auf der kommunalen Ebene. Vielmehr entwickeln sich die Lebenslagen in den Kommunen seit Jahren weiter auseinander. Während Großstädte und Ballungsräume in einigen deutschen Regionen hohe Beschäftigungsquoten und Einkommen ausweisen, wird das Leben in anderen Regionen von einer dramatischen Finanzlage der Kommunen geprägt. Viele dieser Kommunen sind – aufgrund ihrer finanziellen Situation und der hohen Ausgaben für Pflichtleistungen – nicht mehr in der Lage, soziale und kulturelle Angebote oder Maßnahmen zur sozialräumlichen Integration zu finanzieren.

Zu den Ursachen der Konzentration der Probleme in bestimmten Kommunen gibt es Hinweise, aber noch keine gesicherten Erkenntnisse. Grundsätzlich zieht die Mehrheit der bulgarischen und rumänischen Zuwanderer ähnlich wie andere Migranten auch in prosperierende Ballungsräume Deutschlands mit günstigen Arbeitsmarktbedingungen, vor allem in die süddeutschen Kommunen und das Rhein-Main-Gebiet. Ein nicht unerheblicher Teil hat sich jedoch auch in strukturschwachen Kommunen (vor allem im Ruhrgebiet) mit günstigem Wohnraum niedergelassen, hier konzentrieren sich die Probleme. Netzwerkeffekte haben diese Konzentration verstärkt, können aber das Entstehen dieser Strukturen allein nicht erklären. Es kann auch nicht als gesichert gelten, dass diese Gruppen auf einen Leistungsbezug in Deutschland als sichere Einkommensquelle setzen – dagegen sprechen die zunächst niedrigen Leistungsbezieherquoten in Kommunen wie Duisburg. Wahrscheinlicher ist, dass eine Kombination aus günstigem Wohnraum und niedrighschwelligem Erwerbsmöglichkeiten jenseits des regulären Sektors die Konzentration von Teilen der Zuwanderung aus Südosteuropa in diesen Kommunen gefördert hat. Dafür gibt es kurzfristig keine Lösungen. Alle Maßnahmen, die den Zuzug zu prosperieren-

den Kommunen erleichtern und die räumliche Mobilität innerhalb Deutschlands fördern, sind hilfreich.

Im Rahmen der NUREC-Studie wurden sowohl bulgarische und rumänische Zuwanderer als auch alteingesessene Marxloher Bürger und Experten aus Politik und Verwaltung befragt. Daneben wurden umfangreiche statistische Auswertungen zur Situation der bulgarischen und rumänischen Zuwanderer in Duisburg und in Duisburg-Marxloh vorgenommen. Zu Beginn des Projekts haben Mitarbeiter des Projekts Recherchereisen nach Bulgarien und Rumänien durchgeführt und in den Herkunftskommunen der Zuwanderer Gespräche mit zahlreichen Vertretern der Kommunalverwaltungen und der Zivilgesellschaft geführt.

Ziel der Studie bestand darin, aufklärungs- und handlungsrelevantes Wissen zur Situation der Zuwanderer selbst, zu ihrer Wahrnehmung durch die schon längere Zeit in Marxloh lebende Bevölkerung und zu den Sichtweisen von mit dieser Situation befassten Experten zu generieren. Die Ergebnisse der Studie sind im Ortsteil Marxloh, in der Stadt Duisburg und überregional breit vorgestellt und diskutiert worden.

Die Studie wurde von der Open Society Initiative for Europe gefördert und in enger Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Duisburg und der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG DU) durchgeführt. Im Rahmen eines politischen und wissenschaftlichen Beirats wurden Vertreter aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, wissenschaftlichen Instituten und der Stadtverwaltung an der Studie beteiligt.

Derart angelegte empirische Studien sind in diesem Kontext selten und nur wenige nehmen eine quartiersbezogene Grundperspektive ein. Diese Lücke im Forschungssetting soll mit der Studie geschlossen werden. Gleichzeitig soll sie einen grundlegenden Beitrag zu einer Versachlichung der Diskussion über die EU-2-Zuwanderung leisten.

Aus der Vielzahl der Ergebnisse lassen sich insbesondere zwei Forderungen an Politik und Verwaltung ableiten:

1. Es ist davon auszugehen, dass die Neuzuwanderer aus den EU-2-Ländern dauerhaft in Duisburg bleiben werden. Daher bedarf es verstärkter Bemühungen im Bildungsbereich insgesamt, zur Arbeitsmarktqualifikation im Besonderen und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation dieser Neuzuwanderer.
2. Ankunftsgebiete müssen nachhaltig unterstützt und gefördert werden, denn sie spielen eine Schlüsselrolle bei der Aufnahme und Integration der Neuzuwanderer in die Stadtgesellschaft. Es muss unter allen Umständen

vermieden werden, sie mit dem besonderen Stress verstärkter Zuwanderung in kurzen Zeitabständen allein zu lassen.

Duisburg, im Februar 2017

Dr. Jens Stuhldreier
Vorstandsvorsitzender des
NUREC-Institute Duisburg e.V

Neuzuwanderung in Duisburg-Marxloh
Bulgarische und rumänische Zuwanderer und
Alteingesessene im Ankunftsquartier
Böckler, S.; Gestmann, M.; Handke, Th.
2018, XXVII, 252 S. 48 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-18912-9